



Streiklust in Berlin

In den letzten Wochen erlebte Berlin eine Reihe von Streiks.

In der Charité...

Letzte Woche, von Montag bis Freitag, war das Pflege- und Technikpersonal der Charité im Ausstand. **Über 2.000 Streikende** sorgten dafür, dass der Krankenhausbetrieb nur auf Sparflamme lief. Sie veranstalteten den „größten Charité-Streik in der Geschichte“ (BZ). Die Streikenden forderten vor allem eine **Lohnerhöhung von 300 Euro**, um ähnlich hohe Löhne wie in anderen Bundesländern zu bekommen.

...und in der Schule.

Vor einem Monat traten Berliner LehrerInnen in einen Warnstreik, um eine **Entlastung von älteren LehrerInnen** zu fordern. Sie wollen weniger Unterrichtsstunden für LehrerInnen ab 55. Sowas ist in anderen Bundesländern üblich. Um 12 Uhr wurden an der Friedrichstraße 3.000 Demonstrierende erwartet. **Doch doppelt so viele nahmen Teil.** Und das, obwohl der Bildungssenator Zöllner (SPD) den Streik für „rechtswidrig“ erklärte und Streikende sogar mit Entlassung drohte!

Gründe gibt's genug

Für beide Streiks gibt es mehr als genug Gründe. Die vergangenen „Reformen“ im Gesundheits- und Bildungswesen belasten vor allem die Beschäftigten. Betroffen sind aber auch deren PatientInnen und SchülerInnen. **Das Wohl dieser Beschäftigten ist daher im Interesse der ganzen Bevölkerung.**

Deswegen können wir bei beiden

Streiks auch breite gesellschaftliche Solidarität erkennen. Es heißt, alle sollten den „Gürtel jetzt enger schnallen“. Doch die Sparpolitik des Staates findet kaum Zustimmung bei den BerlinerInnen.



Doch der Charité-Streik richtete sich nicht nur gegen schlechte Löhne: die ArbeiterInnen forderten Tarifverträge für alle Krankenhausbeschäftigten und mehr Personal.

Seit fünf Jahren arbeiten tausende Beschäftigte bei einem Tochterunternehmen, wo **Löhne von 5,50 Euro** die Stunde gezahlt werden.

Auch der LehrerInnenstreik ging nicht nur um die Altersteilzeit. Berliner LehrerInnen müssen **immer mehr Arbeit in immer kürzerer Zeit bewältigen.**

Die Chance vergeben?

Beide Streiks werfen die Frage auf, wie die Forderungen durchgesetzt werden sollen.

Die Gewerkschaft der LehrerInnen hat keine weiteren Aktionen geplant: Nur im September soll es kurz vor den Abgeordnetenhauswahlen noch einen Warnstreik geben. Doch schon im April hatte keine der Parteien die Forde-

rungen unterstützt.

Warum also überhaupt auf die Parteien setzen und nicht auf die Kraft der **streikenden LehrerInnen und SchülerInnen?**

Auch an der Charité hat die Gewerkschaft ver.di den Streik wieder ausgesetzt – obwohl sich im Laufe der fünf Tage immer mehr ArbeiterInnen dem Streik anschlossen. Dabei tut ver.di so, als müsste man nur gegen die Charité-Geschäftsführung kämpfen. Jedoch ist deren Vorgehen politisch so gewollt. Der Senat hat mit seinem Sparprogramm das Management quasi direkt angewiesen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Die Gewerkschaftsführungen scheinen Streiks abzulehnen – ganz im Gegensatz zu den Beschäftigten selber. Das liegt daran, dass die **BürokratInnen**, die die Gewerkschaften führen, eher auf ihre **eigenen Privilegien und Beziehungen** zu den Senatsparteien achten.

Selbstständig kämpfen!

Die Streiks zeigten, wie viele über ihre Arbeitsbedingungen wütend sind – und das nicht nur in den Krankenhäusern und den Schulen!

Die Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und mehr Geld sind berechtigt. **Die ArbeiterInnen sind an der Krise nicht schuld. Also sollten sie auch nicht dafür zahlen!**

Wir können unsere Forderungen nur durchsetzen, wenn wir **gemeinsam streiken**. Wir müssen alle Streiks unterstützen. Dazu ist es notwendig, dass Beschäftigte sich organisieren und ihre Arbeitskämpfe eigenständig führen. So eine Basisbewegung brauchen wir in jedem Betrieb!

- chaOSzeitung - Ausgabe Nr. 11 - 10.Mai 2011 - - die Zeitung gegen chaotische Zustände -

Von Spaziergängen und Demonstrationen

Am **1. Mai** gab es in Berlin drei Demonstrationen.

Am Morgen kamen 5000 Menschen zur **Demo des Deutschen Gewerkschafts-Bundes (DGB)**. Das Motto lautete „Das ist das Mindeste“. Wie passend: Ist doch die Kampfbereitschaft der DGB-Führung nie mehr, als „das Mindeste“. So auch ihre Demonstration: Ein **klein-lauter Spaziergang** ersetzte eine kämpferische Demonstration. Von ArbeiterInnen-Vierteln hielt man sich ebenso fern, wie von echter ArbeiterInnen-Politik.

Nachmittags kam es zu einer **Spontandemonstration** gegen die unsozialen Privatisierungen der Stadt.



Um 18:00 Uhr trafen sich **10.000 Jugendliche und ArbeiterInnen** in Kreuzberg zur traditionellen 1.Mai-Demonstration. Mottos waren der Kampf gegen Sozialkürzungen, Solidarität mit den Aufständen in Nordafrika und dem Nahen Osten und die soziale Revolution. **Linker Rap** von Holger Burner begleitete die Demo nach Neukölln.

Nach gut einer Stunde kam es an der Spitze des Demo-Zugs zu den ersten Auseinandersetzungen. Auf eingeworfene Scheiben von Banken und Mode-Geschäften folgten Pfefferspray und Verhaftungen. Am Rathaus Neukölln folgte die Auflösung der Demo.

Viele, friedliche DemonstrantInnen bestanden allerdings auf ihr **Demonstrationsrecht am 1. Mai**. So handelte man mit der Polizei eine kurze Fortführung der Demo aus. Am Hermannplatz fand die Demonstration unter größerer Polizei-Präsenz und vereinzelter Auseinandersetzungen ihr Ende.

Rechte Verfassung in Ungarn

In **Ungarn** wurde eine neue Verfassung verabschiedet. Nächstes Jahr tritt sie in Kraft. In ihr werden **nationalistische Werte** betont. U.a. ein „heiliges, tausend-jähriges Ungarn-tum“.

Der ungarische Staat wird autoritär: Im letzten Jahr traf die **Wirtschaftskrise** Ungarns Staatshaushalt. Der Internationale Währungsfond (IWF) diktierte dem ungarischen Staat Sparmaßnahmen. Die öffentlichen Gehälter wurden stark gekürzt, große Unternehmen dagegen finanziell entlastet.

Die rechtspopulistische Partei unter Victor Orban setzt dies um.

Die Sparmaßnahmen sorgen für **Frust bei den ArbeiterInnen**. Darum die neue Verfassung: Premier Orban versucht den berechtigten Frust der Lohnabhängigen auf **Sündenböcke** umzulenken. Gewalt gegen Sinti und Roma wird vom Staat angefeuert. Die Regierung versucht AusländerInnen und IslamistInnen zu beschuldigen.

Kritik aus anderen EU-Ländern ist selten. Kein Wunder: Ungarn hat den Ratsvorsitz in der EU und arbeitet dort eng mit der CDU zusammen.

Dies ist auch Dein Flugblatt!

Es soll auch Dir möglich machen, Dich besser mit den OSZlerInnen auszutauschen.

Du kennst die chaotischen Zustände und die Missstände am OSZ - teile sie den Anderen mit! Diese Probleme sollten von allen SchülerInnen diskutiert werden. Nur wenn wir uns organisieren, können wir die Probleme anpacken.

Das können wir nicht irgendwelchen Leuten in irgendwelchen Positionen überlassen, sondern müssen uns selbst darum kümmern. AktivistInnen und FreundInnen von RIO

RIO Revolutionäre Internationalistische Organisation

☒ BERLINER WAHLEN

Im September wird in Berlin gewählt. Fünf große Parteien (SPD, Linkspartei, Grüne, CDU und FDP) wollen Deine Stimme haben. In jeder Ausgabe der chaOSzeitung werden wir uns mit einer dieser Parteien auseinandersetzen.

„Die Roten“ (SPD)

Die SPD stellt seit 10 Jahren den Bürgermeister Klaus Wowereit.

Vor 134 Jahren **als revolutionäre Partei der ArbeiterInnen gegründet**, sie gibt sich immer noch beschäftigtenfreundlich.

Doch die letzten 10 Jahre SPD-Regierung in Berlin waren nicht besonders „freundlich“ für Lohnabhängige: Sie haben die Löhne im öffentlichen Dienst massiv gesenkt; sie haben die **Mieten in die Höhe getrieben**; und vieles mehr...

Der Rassist Thilo Sarrazin sagt, MigrantInnen seien minderwertig. Damit er kann Mitglied der SPD bleiben. Aber Leute, die gegen **HartzIV** protestierten (das die SPD durchsetzte), werden aus dieser „sozialen“ Partei ausgeschlossen.

Eine Politik im Interesse der ArbeiterInnen würde anders aussehen!

schreiben deshalb dieses regelmäßige Flugblatt. Wir denken, dass die Marktwirtschaft (der Kapitalismus) die Umwelt zerstört, Rassismus und Nationalismus stärkt und uns zu SklavInnen von Unternehmen macht, die uns zu möglichst niedrigen Löhnen möglichst lange schufte lassen. Nicht die Bedürfnisse von Allen, sondern Cash für die Unternehmen ist das Gebot, nach dem hier alles funktioniert. Dagegen hilft es nur, sich zu organisieren. Die chaOSzeitung soll einen Beitrag dazu leisten - hilf mit!

Sprich uns an oder schreib an:
info@revolution.de.com